

Werbung



04.12.2025 • 47

Analyse

Maulkorb im Bundestag: Renten-Kritiker dürfen nicht reden

Am Freitag soll über das Renten-Paket abgestimmt werden – die Kritiker aus den Reihen der Union dürfen dabei gar nicht stattfinden. Die Fraktion setzt Abweichler offenbar nicht auf die Rednerliste – Ein schlechtes Zeichen für die Demokratie.



Max Roland

X @maxroland20



Johannes Winkel ist im Rentenstreit zu einer wichtigen gesellschaftlichen Stimme geworden – im Bundestag soll diese Stimme am Freitag keinen Platz haben. (IMAGO/dts Nachrichtenagentur)

Die Fraktionsführung von CDU und CSU will die Kritiker in den eigenen Reihen

wohl bis zuletzt ruhigstellen: Abgeordnete, die sich kritisch zum geplanten Rentenpaket der Bundesregierung positionieren, sollen in der Debatte im Bundestag am Freitag offenbar keine Redezeit bekommen.

In der umstrittenen Frage des Rentenpaketes ist in den letzten Wochen eine hitzige Diskussion entbrannt – im Bundestag soll sie aber nicht abgebildet werden. Für die Union soll unter anderem Generalsekretär Linnemann sprechen – aber offenbar keiner aus der Jungen Gruppe oder aus dem Kreise der übrigen Abgeordneten, die das von der SPD und Friedrich Merz geschnürte Paket kritisiert haben.

Werbung

Auch von Julia Klöckner, Bundestagspräsidentin und damit eigentlich Vertreterin der Rechte aller Abgeordneten, wird aktuell nicht erwartet, daran etwas zu ändern. Innerfraktionell soll sie eher zu denen gehören, die auf die Abweichler einwirken, um sie wieder auf Kanzler-Linie zu bringen. Dabei könnte sie Abgeordneten, unabhängig von der Fraktionsführung, zusätzliches Rederecht erteilen.

Damit hat die aktuell relevanteste politische Debatte keinen Platz im Bundestag: Kritik an dem Rentenpaket wird damit allenfalls den Grünen oder den Linken überlassen. Die Union derweil will vor allem ein Zeichen gegen innerparteiliche Demokratie setzen. Für das Parlament und den Parlamentarismus eine schlechte Nachricht.

Werbung

Wenn der Bundestag eine relevante Streitfrage nicht abbildet, delegitimiert er sich selbst: Das Parlament muss die Bühne der politischen Auseinandersetzung sein. Oft genug ist er das bei lauter „Fraktionsdisziplin“ schon nicht mehr, und das ist ein Demokratieproblem.

LESEN SIE AUCH:



In Bericht

„Ausgaben- und kein Einnahmenproblem“: Bundesrechnungshof rügt Verwaltungskosten der Bundesagentur für Arbeit

André Hintz • 2



Rentenstreit

Klingbeil macht Druck auf Abweichler: „An- spruch ist, eigene Mehrheit zu haben“

Marius Marx • 4

2013 bis 2017 war der Bundestag geprägt von einer ganz großen Koalition aus Union und SPD, die zusammen rund 80 Prozent der Mandate hielten, begleitet von einer grün-linken Mini-Opposition. Merkel regierte durch, der Bundestag wurde in seinem Wirken mehr denn je zum reinen Abnick-Organ. Das Ergebnis war eine Politik an weiten Teilen der Bevölkerung vorbei und der Aufstieg der AfD als Korrektiv genau dieser Entwicklung.

Der Renten-Streit hätte hingegen eine Sternstunde des Parlamentarismus sein können – auch und gerade eine Ablehnung wäre ein Lebenszeichen eines souveränen Bundestages gewesen, der oft genug nur wie ein Wurmfortsatz der Regierung wirkt. Im Angesicht eines faulen Rentenpaketes, für das man in der Union in der Sache gar keine Argumente findet. Friedrich Merz sagte selbst: „Gar nichts spricht dafür“.

Werbung

Wie Generalsekretär Carsten Linnemann die Zustimmung dann im Bundestag begründen will, wird vor diesem Hintergrund spannend werden. Die Union täte aber gut daran, auch ihren Abweichlern eine Stimme in der Debatte zu geben. Tut sie es nicht, hat die große politische Streitfrage im Bundestag einfach nicht stattgefunden – und das Parlament wäre wirklich wie eine Demokratie-Simulation, das nur zum Durchwinken der Regierungsbeschlüsse taugt.

Teilen:

[Zu den Kommentaren \(47\)](#) ↓

Einmalig Monatlich

Apollo News unterstützen

Zahlungsoptionen: Pay Pay

10 €

15 €

25 €

50 €

100 €

[Anderer Betrag \(€\)](#)